

## Privatanfrage

### 1) Berufsgeheimnisträger

*Bei der inzwischen beendeten Vorratsdatenspeicherung wurden anlassunabhängig und ohne Berücksichtigung vom Beruf einer Person Kommunikationsdaten gespeichert. Durch die Interessenverbände der Berufsgeheimnisträger aber auch Beratungs- und Selbsthilfestellen wurde im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens auf die Risiken und Gefahren dieser Tatsachen hingewiesen. Eine entsprechende Berücksichtigung z.B. durch Ausnahme von der Pflicht zur Vorratsdatenspeicherung oder zum besonderen Schutz der erhobenen Daten in diesen sensiblen Bereichen erfolgte durch den Gesetzgeber seinerzeit nicht.*

**Planen Sie und/oder Ihre Partei diesbezüglich gesetzliche Neuregelungen? Falls ja, welche? Wie wollen Sie zukünftig die Wahrung von Berufsgeheimnissen und besonders schützenswerter Daten sicherstellen?**

Die Piratenpartei lehnt die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten (Vorratsdatenspeicherung) grundsätzlich ab. Wir werden uns in jedem Fall immer dafür einsetzen, dass möglichst wenig Vorratsdaten gespeichert werden und im besten Fall dann eben gar keine. Sollten wir eine Vorratsdatenspeicherung nicht ganz verhindern können, so werden wir uns in jedem Fall gerne dafür einsetzen, dass Berufsgeheimnisträger und Stellen mit diesen vergleichbaren Aufgaben von einer Vorratsdatenspeicherung ausgenommen werden.

Die von den Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung nicht betroffenen Sozialdaten im Gesundheitswesen werden bislang gesetzlich besonders geschützt. Uns liegen aktuell keine Informationen vor, dass über bedauerliche Einzelfälle hinaus (gegen die jeweils auch vorgesehene Sanktionen greifen) grundsätzlich Verstöße gegen den Datenschutz insoweit praktiziert werden. Eine Aufweichung besonderer Schutzregeln ist mit PIRATEN nicht zu realisieren.

### 2) Krebsvorsorge

*Durch das Krebsvorsorge und -registergesetz wurde die Regelungskompetenz einschließlich der Festlegung des Intervalls von Krebsvorsorgeuntersuchungen dem Gemeinsamen Bundesausschuss übertragen. De facto wurde so formal u.a. das bisher gesetzlich verbrieft Recht der Frau auf eine jährliche Vorsorgeuntersuchung abgeschafft. Es steht zu befürchten, dass auf Druck der Kostenträger und der Industrie insbesondere im Bereich der Zervixkarzinomfrüherkennung eine Verlängerung des Intervalls und eine Verlagerung der Vorsorge weg von der ärztlichen hin zur rein labormedizinischen Vorsorge erfolgen könnte.*

**Wie wollen Sie und/oder Ihre Partei verhindern, dass bisher nachweislich erfolgreiche Screening-Programme durch weniger wirksame abgelöst werden und so die Bevölkerungsgesundheit langfristig verschlechtert wird?**

Der Annahme von nachweislichem Erfolg steht entgegen, dass eine Evaluation mit eindeutigem Ergebnis bisher nicht vorliegt. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) als Hüter der Evidenz im Gesundheitswesen steht bei uns nicht im Verdacht grundlos Einschränkungen des Leistungsumfangs vorzunehmen. Dem stehen schon seine Zusammensetzung und die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Mehrheitsverhältnisse entgegen, insbesondere die von Ihnen befürchteten Einflüsse der Industrie sind dort geradezu ausgegrenzt. Sollten sich Hinweise auf Willkür seitens des Gremiums dennoch fundiert begründen lassen, werden PIRATEN dem nachgehen und Gegenmaßnahmen unterstützen.

### 3) Gewerbesteuerpflicht und Freiberuflerlichkeit

**Planen Sie und/oder Ihre Partei Änderungen hinsichtlich der Gewerbesteuerpflicht der freien Berufe?**

Nein

### 4) Steuerliche Veränderungen

**Welche steuerlichen Veränderungen - insbesondere Aufhebungen und (Neu)Erhebungen von Steuergruppen - planen Sie und/oder Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode?**

Die Piratenpartei fordert die Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von aktuell 7% auf 19% mit dem Ziel, einen einheitlichen Regelsteuersatz zu schaffen und die sogenannte Mehrwertsteuer zu vereinfachen. Durch die Ausschüttung der Steuermehreinnahmen als Sockeleinkommen ist die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes sozial, da das Sockeleinkommen die Kostenerhöhung durch den höheren Umsatzsteuersatz für Familien und einkommensschwache Menschen nicht nur ausgleicht, sondern sogar zu einem kleinen Teil übersteigt.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Die Ausschüttung der Steuermehreinnahmen erfolgt in Form eines Sockeleinkommens.

Die Piratenpartei fordert eine Reform der Einkommensteuer durch ein allgemein verständliches Steuersystem, das ohne Ausnahmen auskommt und für alle Einkommensarten gilt.

### 5) Energetisches Sanieren: Neue Pflichten für Eigentümer

*Beinahe alle Parteien setzen für die Zukunft auf Nachhaltigkeit im Bereich der Energieversorgung. Hinsichtlich des Neubaus sind die energetischen Anforderungen klar definiert. Im Bereich Altbau werden die Anforderungen an die energetischen Eigenschaften mit Übergangsfristen sukzessive erhöht.*

**Welche Ziele streben Sie und/oder Ihre Partei diesbezüglich an? Wie wollen Sie diese erreichen? Welche zusätzlichen Pflichten für Haus-/Wohnungseigentümer entstünden dadurch? Welche Rechte?**

Die Piratenpartei befürwortet die Energiewende und den nachhaltigen, umweltschonenden Umgang mit unseren Ressourcen. Daher begrüßen wir die energetische Sanierung bestehender Altbauten. Allerdings sehen wir mit Sorge, dass dabei sehr häufig Hartschäume und Verbundwerkstoffe verwendet werden die uns nicht nur eines Tages vor enorme Entsorgungsprobleme stellen werden sondern die auch relativ leicht entflammbar sind. Hier sollten Materialien verwendet werden die umweltfreundlich sind und nicht die Sicherheit der Bewohner gefährden. Es ist auch wichtig bei der energetischen Sanierung die Bausubstanz zu berücksichtigen, eine maximale Wärmedämmung kann zu Problemen mit Feuchtigkeit führen.

Außerdem muss bezahlbarer Wohnraum gesichert werden, der gerade in den Städten immer knapper wird. Daher halten wir die hohen Umlagen der Kosten einer energetischen Sanierung für nicht sozialverträglich. Die Piratenpartei fordert, dass nach vorgenommener energetischer Sanierung eine Mieterhöhung maximal in Höhe der durchschnittlichen Energiekosteneinsparung gestattet wird. Aus der Energiesanierung darf dem Mieter bei durchschnittlichem Heizwärmeverbrauch kein finanzieller Nachteil entstehen. Zur Finanzierung der energetischen Sanierungen von Wohngebäuden können von den Eigentümern Fördermittel zur Energieeinsparung für die Sanierung von Wohnraum (KfW, Städtebauförderung, EU-Fonds etc.) in Anspruch genommen werden. Die

Inanspruchnahme von Fördermitteln muss verpflichtenden Vorrang vor der Umlage auf die Mieten haben.

## 6) Bürgerversicherung

**Planen Sie und/oder Ihre Partei die Einführung einer Bürgerkrankenversicherung bzw. einer einheitlichen Krankenversicherungsform aller Bürger unabhängig vom Einkommen? Umfassen Ihre Pläne eine (Wieder)Aufnahme aller bisher privat Krankenvollversicherten in diese Versicherung? Wie soll eine solche Überleitung ggf. erfolgen? Was passiert mit den dort bisher angefallenen Rückstellungen? Wie der Wegfall der bisher im Rahmen der Privatliquidation generierten Einnahmen kompensiert werden? Wie wollen Sie in einem System mit nur einer Versicherungsform nicht nur ein Preis- sondern auch einen Qualitätswettbewerb sicherstellen?**

Die Finanzierung des Gesundheitssystems betrachten wir als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Daher sehen wir in der Einbeziehung sämtlicher Bürgerinnen und Bürger in die Sozialversicherung unter Berücksichtigung möglichst aller Einkommensarten ein sinnvolles Modell zur Finanzierung dieses Systems. Wir erkennen allerdings die Einschränkungen der Wahlfreiheit in dieser Art der Finanzierung für Bürgerinnen und Bürger sowie die Anbieter privater Krankenversicherungen an und verstehen ihre Bedenken. Daher setzen wir uns für einen Volksentscheid ein, um einen gesellschaftlichen Konsens in dieser wichtigen Frage des gemeinschaftlichen Zusammenlebens zu erreichen.

Wir gehen davon aus, dass nach einem Volksentscheid in einem mehrjährigen Prozess über mehr als eine Wahlperiode hinaus die Details von erforderlichen Regelungen auszuarbeiten sind. Je nach deren Einwirkungsumfang auf das Leben jedes Einzelnen könnten weitere Volksentscheide erforderlich werden.

## 7) Korruption Gesundheitswesen

**Wie definieren Sie Korruption im Gesundheitswesen? Welche Formen von Sponsoring/Förderung/etc. fallen aus Ihrer Sicht nicht darunter? Wie wollen Sie und/oder Ihre Partei korrupte Verhaltensweisen ahnen? Welche Prüfinstanzen planen Sie? Welche Berufsgruppen im Gesundheitswesen sollen davon betroffen sein? Welche Rechtsgrundlage soll gelten? Standesrecht? Sozialrecht? Strafrecht?**

Wir sehen das Gesundheitswesen insgesamt nicht als mehr oder weniger anfällig für individuelle Anreize ohne genügend rechtfertigende sachliche Gründe als andere Bereiche des Lebens. Insbesondere verdächtigen wir nicht pauschal die im Gesundheitswesen tätigen Menschen korrupten Verhaltens. Aber wir verschließen nicht die Augen davor, dass Verführung sowohl individuell als auch gruppenspezifisch wirksam wird. Aus Sicht der mit den Gesundheitsthemen befassten Fachgruppen sollte eine Gleichstellung mit anderen Bereichen Vorrang gegenüber spezifischen Regeln haben. Ebenso sollten die Prüfinstanzen fachlich der üblichen Strafverfolgung zuarbeiten. Die von verschiedenen Stellen geforderten weiteren Kompetenzen müssen geprüft werden, gegebenenfalls kommt deren Einräumung im Zusammenhang mit der Unterstellung ihrer Mitarbeiter hinsichtlich Weisungen von Staatsanwaltschaften in Frage. Nur wo die Anwendung von Strafrecht unmöglich ist sollte Sozialrecht, erst danach Standesrecht in die Überlegungen einbezogen werden.

## 8) Krankenhausfinanzierung

*Die Krankenhausversorgung der Bevölkerung wird durch eine Finanzierung der Krankenhäuser aus verschiedenen Quellen sichergestellt. Die beiden wichtigsten Säulen der Krankenhausfinanzierung sind die Einnahmen aus den Behandlungen und die Investitionskosten. Immer mehr Krankenhäuser sind wegen sinkender Investitionskosten durch Einsparungen der Landesregierungen darauf angewiesen, Investitionen aus den Einnahmen durch die Behandlungen zu finanzieren. Die Höhe der Fallvergütung wird allerdings streng nach den für eine Behandlung notwendigen personellen/materiellen/logistischen Kosten festgelegt. Investitionskosten sind im derzeitigen Vergütungssystem für Krankenhausbehandlungen nicht vorgesehen. Die Folge der Zweckentfremdung ist, dass zur Ermöglichung von Investitionen u.a.*

*Personalkosten/Materialkosten gespart werden müssen. Dadurch sinkt die Behandlungs- und Arbeitsplatzqualität in den Krankenhäusern.*

**Wie wollen Sie und/oder Ihre Partei die eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung sicherstellen? Wie sollen Krankenhäuser zukünftig finanziert werden? Wer soll für die Regelung der Krankenhausfinanzierung zukünftig zuständig sein? Bund? Land? Kassen? Andere?**

Jede Form der Vergütung setzt Anreize, die zum Teil erwünscht sind, zum Teil jedoch auch zu unerwünschten und für das Gesamtsystem schädlichen Ergebnissen führt. Dies verstärkt sich in der Regel im Verlauf der Anwendung des Vergütungssystems. Aus diesem Grund sind Vergütungssysteme regelhaft einer unabhängigen Analyse und Anpassung zu unterziehen. Dies gilt für die Fallpauschalen in Krankenhäusern ebenso wie für pauschale- oder Einzelleistungsvergütungen im ambulanten Bereich. Hier sollen mit Modellprojekten neue Vergütungsformen regional entwickelt und getestet werden.

## 9) Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ)

*Die heute gültige GOÄ ist veraltet, die daraus resultierenden Vergütungen sind seit 1996 nicht verändert worden.*

**Welche Änderungen der GOÄ planen Sie und/oder Ihre Partei? Wann? Mit welcher Priorität? Falls Sie ein verändertes Vergütungssystem für ärztliche Leistung anstreben, wie sieht dieses aus?**

Bestimmte Leistungen, die aus Sicht der Gesundheitsdienstleister einerseits aufwändig und andererseits nicht angemessen honoriert sind, werden nicht oder nur in geringem Umfang erbracht. Neben aufsuchender Behandlung benachteiligt dies vor allem Patienten mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder eingeschränkter Mobilität. Die PIRATEN werden sich dafür einsetzen, dass insbesondere diese Patienten angemessen auch auf der Seite der Krankenversicherungen und Arztpraxen Berücksichtigung finden. Wo die freie Aushandlung der Honorare durch die Selbstverwaltungspartner diese Mängel nicht zeitnah abstellt, werden sich PIRATEN dafür einsetzen, dass es zusätzliche Aushandlungsmöglichkeiten unter Beteiligung aller Betroffenen gibt, das heißt den Selbstverwaltungen und ihren Vertretern auch Patientenvertreter stimmberechtigt zur Seite gestellt werden. Gleichzeitig werden die Verhandlungen weitestgehend transparent gemacht durch Veröffentlichung der jeweiligen Positionen.

Zur Bekämpfung der Probleme bei Unter-, Über- und Fehlversorgung eignet sich insbesondere eine bedarfsgerechte Angleichung der Regeln für die Honorierung von Leistungen über die Sektorengrenzen hinaus.

## 10) Familienpolitik

**Welche Zielen verfolgen Sie und/oder Ihre Partei hinsichtlich der Familienpolitik? Sind Veränderungen an Elternzeit, Elterngeld, Kindergeld, Betreuungsgeld, Krippen- und Kindergartenplatz, Betreuungszeit geplant? Welche? Welche Leistungen wollen Sie neu einführen? Welche abschaffen? Warum?**

Insgesamt bekennen wir uns zur Vielfalt der Lebensentwürfe und lehnen eine ausschließlich historisch begründete Bevorzugung ausgewählter Familienmodelle ab. Familienförderung muss daher unabhängig von der Form der Lebenspartnerschaft sein. So lehnen wir Ehegattensplitting ab und wollen statt dessen über das bedingungslose Grundeinkommen eine vom gewählten Lebensmodell unabhängige Förderung. Insbesondere gilt, Familienförderung dort, wo Kinder sind! Konsequenter Weise wollen wir daher statt Kindergeld bzw. Steuerfreibeträge zum Verhindern von Kinderarmut ein Kindergrundeinkommen als Schritt zum bedingungslosen Grundeinkommen einführen.

Entsprechend wird das Betreuungsgeld z.B. im Landeswahlprogrammen für Bayern abgelehnt. Andererseits ist Bildung eines unserer zentralen Anliegen. Hier hat Frühkindliche Bildung eine zentrale Bedeutung. Alle Kinder müssen ungeachtet bestehender Unterschiede so gefördert werden, dass sie mit möglichst guten Voraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen können. Dazu braucht es gebührenfreie, flexible, bei Bedarf ganztägig und gut erreichbare Angebote in Krippen, Kindergärten und bei Tageseltern.